

Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

Betreff

Beschluss der BV 4 betr. Vorkommnisse bei einer öffentlichen Veranstaltung im Bezirksrathaus Ehrenfeld

Beschlussorgan

Rat

Beratungsfolge	Abstimmungsergebnis							
	Gremium	Datum/ Top	zugestimmt Änderungen s. Anlage Nr.	abge- lehnt	zu- rück- ge- stellt	verwiesen in	ein- stim- mig	mehr- heitlich gegen
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen	18.08.2008	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	
Rat	28.08.2008	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	

Beschlussvorschlag einschl. Deckungsvorschlag, Alternative

Der Rat der Stadt Köln nimmt den Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 19.5.2008 betreffend Vorkommnisse bei einer öffentlichen Veranstaltung im Bezirksrathaus Ehrenfeld (AN/1043/2008) sowie die umseitigen Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Problemstellung des Beschlussvorschlages, Begründung, ggf. Auswirkungen

Die BV 4 hat in ihrer Sitzung vom 19.5.2008 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Fraktionen verurteilen auf das Schärfste die zutiefst antidemokratische Vorgehensweise und die schlimmen Vorfälle, ausgelöst durch die rechtsextremistisch eingestufte Fraktion pro Köln, anlässlich ihrer sog. öffentlichen Bürgeranhörung vom 15. Mai d.J. im Bezirksrathaus Ehrenfeld.

Es ist nicht hinnehmbar, dass pro Köln das Bezirksrathaus quasi in ihren Besitz nahm, indem sie Ordner vor die Rathaustüren postierte und den Einlass suchenden Bürgerinnen und Bürgern nach eigenem Gutdünken den Zutritt gestatteten oder diesen verweigerten.

Auch ein Polizeibeamter in Zivil bekam dies körperlich zu spüren.

Frei gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern wurde das Zutrittsrecht ins Rathaus und somit auch in ihre Fraktionsräumlichkeiten nicht gestattet. Erst nachdem diese Mandatsträger diesen ungeheuerlichen Vorgang dem Bezirksbürgermeister meldeten und ihn baten, das freie Zutrittsrecht zu gewährleisten, konnte dieser unter Zuhilfenahme und mit Unterstützung der Polizei den freien Zutritt ins Gebäude sicherstellen. An dieser Stelle möchten wir ausdrücklich der Polizei, aber auch dem Bezirksbürgermeister, danke sagen.

Durch das Beflaggen und Behängen von Rathausfenstern mit eindeutigen politischen Bekundungen durch pro Köln Aktivisten wurde auch das politische Neutralitätsgebot auf das Schärfste verletzt. Wir, die Antrag stellenden demokratischen Fraktionen, halten diese Vorkommnisse für so schwerwiegend und gravierend, zumal die begründete Angst bei verschiedenen Damen und Herren unserer Bezirksvertretung besteht, ob sie denn auch in Zukunft frei und körperlich unbeschadet ihrem bezirksverfassungsrechtlichen ehrenamtlichen Auftrag und ihren Aufgaben auch und gerade in unserem Rathaus noch nachgehen können.

Wir fordern daher den Bezirksbürgermeister, den Oberbürgermeister sowie unsere Verwaltung auf, alles Erdenkliche zu tun und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, dass solche schlimmen Vorfälle sich niemals wieder in einem städtischen Dienstgebäude wiederholen können. Außerdem soll die Fraktion pro Köln mit ihren Räumlichkeiten ausgelagert werden.

Dieser Beschluss ist zur weiteren Behandlung an den Rat der Stadt Köln zu überweisen.“

Dieser Beschluss beinhaltet neben einer Resolution zwei Themenkomplexe, zu denen die Verwaltung wie folgt Stellung nimmt.

Die Verwaltung wird durch geeignete Maßnahmen strikt dafür Sorge tragen, dass der Bezirksbürgermeister für die Bezirksvertretung und der Bürgeramtsleiter im Übrigen ihr Hausrecht jederzeit uneingeschränkt ausüben können. Die Genehmigung zur Nutzung des Sitzungssaales erfolgt nur für Veranstaltungen, die mit dem kommunalverfassungsrechtlich vorgegebenen Zweck des Bezirksratshauses vereinbar sind, sowie unter bestimmten Auflagen, die die Sicherheit und Ordnung im Bezirksrathaus gewährleisten. Dazu gehört jetzt (leider) zum Beispiel der Einsatz eines Wachdienstes. Selbstverständlich ist der freie Zutritt aller Fraktionen zu ihren Räumen jederzeit auch außerhalb der Öffnungszeiten zu garantieren. Im Übrigen achtet die Verwaltung darauf, dass das parteipolitisch neutrale Erscheinungsbild des Bezirksrathauses gewahrt bleibt.

Der am 11.3.2008 neugebildeten Fraktion Pro Köln wurde im März 2008 als Fraktionsraum ein Büro im Verwaltungstrakt des Bezirksrathauses zugewiesen. Wenn der Rat am 28.8.2008 dem vorliegenden Konzept zur Optimierung des Bürgerservices zustimmt, sollen im Bezirksrathaus Ehrenfeld zusätzliche Büroräume in der 2. und 3. Etage angemietet werden. Im Zuge dieser Erweiterung wird die Verwaltung die Raumsituation im Bezirksrathaus generell überprüfen bzw. überplanen.

Weitere Erläuterungen, Pläne, Übersichten siehe Anlage(n) Nr.